

Plenum des ZK im Dezember 1986 stellte sie fest: „Das Bedeutendste, wodurch die gegenwärtige politische Lage im Lande charakterisiert wird, ist die fortschreitende Erosion der sozialen Basis des saudischen Regimes. Die Wirtschaftskrise wirft ihren Schatten auch auf breite Kreise der mittleren und sogar der Großbourgeoisie, die noch vor kurzem zu den Stützen des Regimes gehörten.“

Ohne sich Illusionen über die Schwere des Kampfes angesichts der noch vorhandenen ökonomischen und politischen

Für den Zusammenschluß aller progressiven Kräfte

Mit diesen Forderungen weiß sich die KPSA in Übereinstimmung mit breiten national-patriotischen Kräften des Landes. Auf dieser Grundlage schlägt sie die Bildung einer breiten national-demokratischen Front aus allen patriotischen und progressiven Kräften vor, der Parteien, Gewerkschaften und andere gesellschaftliche Organisationen sowie unabhängige Politiker angehören sollen.

In einem Land, das als Zentrum der islamischen Welt gilt und in dem das Denken in religiösen Kategorien noch immer die dominierende Rolle spielt, mißt die KPSA der religiösen Frage große Bedeutung bei. Sie geht davon aus, daß die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit ungeachtet ideologischer Divergenzen eine tragfähige Grundlage für die Zusammenarbeit mit religiösen Kreisen sein kann. In diesem Sinne tritt die Partei dafür ein, daß nichtgleichberechtigte religiöse Minderheiten, die in Opposition zum Regime stehen, in die national-demokratische Front einbezogen werden. Ein weiterer Schwerpunkt ist für die KPSA die enge Zusammenarbeit mit illegal wirkenden progressiven gesellschaftlichen Organisationen, so mit dem 1977 gegründeten Demokratischen Jugendverband, dem Frauenver-

Stärke der herrschenden Saud-Dynastie zu machen, entwickelt die KPSA Alternativen, die der konkreten Lage Rechnung tragen. Der II. Parteitag (1984) forderte unter anderem die Abschaffung der absolutistischen Monarchie und die Schaffung einer national-demokratischen Ordnung, den Schutz des Erdöls und der anderen Bodenschätze vor ausländischem Zugriff, Gewerkschaftsfreiheit, eine Verfassung, die dem Volk eile Grundfreiheiten garantiert sowie eine Außenpolitik der Nichtpaktgebundenheit.

band und besonders dem im März 1984 gebildeten „Arbeiterbund in Saudi-Arabien“, der sich in kurzer Zeit zu einer einflußreichen Organisation entwickelte und im September 1986 in Berlin erstmals an einem Weltgewerkschaftskongreß teilnahm. Eine wichtige Rolle bei der Mobilisierung der Weltöffentlichkeit zur Unterstützung der demokratischen Kräfte in Saudi-Arabien gegen Willkür und Terror wird von der KPSA dem „Komitee zur Verteidigung der Menschenrechte in Saudi-Arabien“ beigegeben.

Das illegal erscheinende Zentralorgan der KPSA „Tarik al-Kadhin“ (Der Weg der Werktätigen) hat es sich zur Aufgabe gemacht, den Kampf der Kommunisten für den Zusammenschluß aller patriotischen und progressiven Kräfte in einer national-demokratischen Front breit zu propagieren.

Ihren schweren Kampf um Demokratie und sozialen Fortschritt führt die Bruderpartei in Saudi-Arabien nicht losgelöst von den Grundproblemen der Menschheit. „Wir bekräftigen unsere volle Unterstützung für die sowjetischen Friedensvorschläge und -initiativen zur Verbesserung des internationalen Klimas, zur Entspannung in den verschiedenen Regionen, zur Sicherung des

Weltfriedens und zur Verhinderung einer nuklearen Katastrophe“, heißt es in einem jüngst veröffentlichten Kommuniqué des ZK. Das von der KPSA initiierte „Komitee der Streiter für Frieden und Solidarität“ entfaltet eine rege Tätigkeit. Als ihren konkreten Beitrag zur Friedenssicherung betrachtet die KPSA den Kampf gegen die Einbindung des Landes in die Konfrontationspolitik der USA und das Ringen um die friedliche Beilegung regionaler Konflikte. Insbesondere aus dem irakisch-iranischen Krieg - so erklärte die Partei mehrfach - wachsen Gefahren für die Sicherheit Saudi-Arabiens, der Golfregion und des arabischen Raumes, weil die USA zur direkten militärischen Einmischung unter dem Vorwand des „Schutzes lebenswichtiger Interessen“ bereit sind.

Eines der zentralen Anliegen der Bruderpartei ist die Forderung nach Herstellung diplomatischer Beziehungen mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten als ein wichtiges Element einer unabhängigen Außenpolitik. Trotz einer gewissen Belebung der politischen Kontakte in den letzten Jahren ist das saudische Königshaus bislang zu einem solchen Schritt nicht bereit.

Die KPSA arbeitet eng mit den Bruderparteien des arabischen Raumes zusammen und hat auch die brüderliche Zusammenarbeit mit den führenden Parteien der sozialistischen Länder, darunter der SED, ausgebaut. Am XI. Parteitag der SED nahm eine Delegation der KPSA teil. In einem Großschreiben an den II. Parteitag der KPSA würdigte unsere Partei die hervorragende Rolle der KPSA bei der Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse und aller demokratischen Kräfte. Sie brachte die Bereitschaft zum Ausdruck, die brüderlichen Beziehungen zwischen beiden Parteien auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus weiter zu festigen.